



Dr. Ralf Güldner
Präsident des Deutschen Atomforums e. V.
Eröffnungsansprache
Jahrestagung Kerntechnik, 17. bis 19. Mai 2011, Berlin

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geschätzte Abgeordnete des Deutschen Bundestags,
sehr geehrte Gäste,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur Jahrestagung Kerntechnik 2011 in Berlin und freue mich, dass sie so zahlreich zu uns gekommen sind.

Die diesjährige Tagung findet unter besonderen Umständen statt: Zum einen unter dem Eindruck der Ereignisse im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi am 11. März, zum anderen während der erneuten politischen Entscheidungsfindung über die Zukunft der Kernenergie in Deutschland, die nach dem 11. März angestoßen wurde.

Wir stehen in einem dynamischen politischen Prozess, der die Rahmenbedingungen der Kernenergie in Deutschland deutlich verändern wird. Dabei achten wir das Primat der Politik. Aus diesem Grund haben sich das Deutsche Atomforum und die Kerntechnische Gesellschaft entschlossen, das Programm der Jahrestagung Kerntechnik 2011 auf die technisch-wissenschaftlichen Fachthemen zu konzentrieren und verzichten am heutigen Plenartag auf den Teil, der politische und gesellschaftliche Debatten aufgreift und sich daran beteiligt; ohne konkrete politische Entscheidungen ließe sich heute nur spekulieren. Hier wollen wir der gesellschaftlichen Diskussion um ethische Aspekte und die politische Akzeptanz der Kernenergie nicht vorgreifen.

Wir wollen uns aber intensiv mit der Analyse der Ereignisse in Fukushima befassen und allen Teilnehmern Gelegenheit zum fachlichen und persönlichen Austausch geben, gerade in dieser schwierigen Zeit. Ich danke den Referenten, die uns kurzfristig zugesagt bzw. die auch ihre Beiträge noch entsprechend geändert haben sehr herzlich für Ihre Mühe und Arbeit! Ich möchte aber auch diejenigen danken, die uns Ihre Zusage zu dem ursprünglichen Programm gegeben hatten und nun Verständnis für unsere Änderungen gezeigt haben. Wir werden mit allen in Kontakt bleiben und diesen Teil in einer separaten Veranstaltung im Herbst nachholen.

Als wir vor einem Jahr hier zusammentrafen, war nach der Bundestagswahl im September 2009 mit nennenswerten Laufzeitverlängerungen für die deutschen Kernkraftwerke zu rechnen. Im Herbst 2010 sind die Laufzeiten dann auch verlängert worden – allerdings zu einem hohen Preis. Aber es gab damit eine Perspektive für die weitere Nutzung der Kernenergie in Deutschland, eingebettet in ein umfassendes Energiekonzept. Auf die Einzelheiten dazu brauche ich heute nicht mehr einzugehen, die Situation hat sich radikal geändert.

Die Ereignisse in Japan nach den Naturkatastrophen am 11. März, dem Erdbeben und dem folgenden Tsunami, haben die Situation geändert. Was dort geschehen ist, hat uns betroffen gemacht. Dies gilt zunächst einmal für die verheerenden Auswirkungen der Naturkatastrophen, die ganze Landstriche verwüstet und mehr als 20.000 Menschen das Leben gekostet haben.

Schon bald wurde aber auch klar, dass das Kernkraftwerk Fukushima Daiichi durch die Verkettung dieser verschiedenen, aufeinander folgenden Naturkatastrophen schwer beschädigt worden war. Wir mussten in der Folge über Tage und Wochen beobachten, wie unsere japanischen Kollegen unter schwersten Umständen versuchten, die Anlagen unter Kontrolle zu bekommen und noch gravierendere Auswirkungen auf die Umgebung zu verhindern oder zumindest zu begrenzen. Wir haben zeitnah Hilfsgüter nach Japan entsandt, die dort genutzt werden, das Angebot einer weiteren Unterstützung durch die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH besteht fort. Wir alle haben großen Respekt vor dem enormen Einsatz und der Leistung unserer Kollegen vor Ort unter diesen sehr schwierigen Umständen.

Wir sahen Bilder von Explosionen, wir bekamen teilweise widersprüchliche Meldungen zu Dosisleistungen und radiologischen Auswirkungen und wir versuchten uns auf Basis der vorliegenden Informationen ein Bild von den Ereignisabläufen in Fukushima zu machen. Im Anschluss an die Verleihung des Europäischen Kulturpreises in der Kategorie Wissenschaft an Herrn Dr. Joachim Knebel wird uns Herr Jan Benz von der World Association of Nuclear Operators eine aktuelle Einschätzung und Bewertung der Ereignisse geben.

Parallel zu den Ereignissen in Japan begann in Deutschland eine Diskussion um die Sicherheit und die Zukunft unserer Anlagen. Kraftwerke, die gerade erst mit guten Gründen Laufzeitverlängerungen erhalten hatten, wurden plötzlich zum Sicherheitsrisiko für die Gesellschaft erklärt und es begann ein Wettlauf um die Prognose kürzest möglicher Laufzeiten.

Wir haben volles Verständnis dafür, dass die Ereignisse in Japan Verunsicherung und Sorge ausgelöst haben. Die Sicherheit unserer Kernkraftwerke – der älteren und der jüngeren – ist jedoch heute nicht schlechter als davor. Die deutschen Kernkraftwerke erfüllen alle sicherheitstechnischen Anforderungen und übertreffen sie zum Teil sogar deutlich. Nirgendwo in der Welt gibt es höhere Sicherheitsstandards als bei uns. Das bedeutet aber nicht, dass wir einfach zur Tagesordnung übergehen wollen - ganz im Gegenteil.

Die nach den Ereignissen in Japan zusätzlich veranlassten Sicherheitsüberprüfungen der deutschen Kernkraftwerke wurden von den Unternehmen, die hier in Deutschland Kernkraftwerke betreiben, konstruktiv unterstützt. Ähnliche Prüfungen finden zudem auch auf europäischer Ebene, in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten, in Russland und in China statt.

Für die deutschen Anlagen stellt sich dabei die Frage, ob durch die hier vorhandenen gestaffelten Maßnahmen konservativer Auslegungsrandbedingungen mit hoch redundanten und räumlich getrennten Sicherheitseinrichtungen und den vorhandenen Notfallschutzmaßnahmen eine ausreichende Kühlung des Kerns auch bei extremen Ereignissen sichergestellt werden kann. Der „Anforderungskatalog für die Sicherheitsüberprüfung deutscher Kernkraftwerke“ der Reaktorsicherheitskommission befasst sich entsprechend vorrangig mit Einwirkungen von außen wie Erdbeben, Überflutungen, Flugzeugabsturz, Terroranschlägen, aber auch mit geplanten Notfallmaßnahmen in Extremsituationen.

Bei allen Bemühungen um zusätzliche Sicherheit in unseren Kraftwerken und um die „lessons learnt“ von Fukushima, die der umfassenden Sicherheitskultur unserer Branche entsprechen, dürfen aber die Unterschiede zwischen den betroffenen japanischen Anlagen und unseren Kraftwerken nicht unbeachtet bleiben.

Nach allen uns vorliegenden Informationen wurden die schweren Schäden in Japan im Wesentlichen durch den Tsunami ausgelöst. Das Erdbeben selbst führte zwar zu Überschreitungen der Auslegungsgrenzen, die Anlagen haben hier aber auslegungsgemäß reagiert. Die Wirkung des nachfolgenden Tsunamis hat – nach unserer Kenntnis – jedoch die Notstromversorgung und die Notkühleinrichtungen außer Betrieb gesetzt. Bei der Bewertung der Ereignisse darf nicht außer Acht bleiben, dass ein Tsunami mit einer Höhe von maximal 23 Metern und 14 Metern am Standort an japanischen Küsten kein ungewöhnliches oder extrem unwahrscheinliches Ereignis ist. Noch höhere Tsunami-Wellen wurden 1993, 1933 und 1896 registriert. Der Tsunami überschritt die Auslegung der Kernkraftwerke Fukushima Daiichi und Fukushima Daiini mit Bemessungswasserständen von 5,70 Meter bzw. 5,20 Meter und einer Geländehöhe von 10 bis 13 Meter wesentlich.

In den vergangenen 100 Jahren haben 7 Tsunamis mit Wellenhöhen über 10 Meter verschiedene japanische Küstenabschnitte getroffen, d.h. durchschnittlich alle 15 Jahre! Es handelte sich also nicht um den Fall eines eingetretenen Restrisikos, sondern – nach unserem Verständnis – um Ereignisse, die in der Auslegung gegen Naturereignisse am Standort hätten Berücksichtigung finden müssen.

Sehr deutlich muss an dieser Stelle daher gesagt werden, dass eine vergleichbare Auslegung gegen Naturereignisse in Deutschland nicht genehmigungsfähig wäre. Nach deutscher Auslegungsphilosophie sind für Kernkraftwerke bei Erdbeben und dessen Folgewirkungen Ereignisse anzusetzen, die nur einmal in 100.000 Jahren vorkommen, bei Hochwasser einmal in 10.000 Jahren. Dies zum grundsätzlichen Unterschied der Vorgehensweise schon bei der Anlagenauslegung.

Auch in der Anlagentechnik weicht die Anlage in Fukushima von der Sicherheitstechnischen Auslegung deutscher Anlagen deutlich ab:

- Zwei statt drei bis vier Notkühl- und Nachwärmeabfuhrsysteme
- Zwei statt vier oder sogar sechs Notstromsysteme
- Kein für die standortspezifischen Belastungen ausgelegtes Notstromsystem
- Keine Verbunkerung von Notsystemen
- Keine externe Vorhaltung von geeigneten Reservenotstromsystemen
- Keine Wasserstoff-Rekombinatoren zum Abbau sich bildenden Wasserstoffs
- Bei Druckentlastung Aufkonzentration von Wasserstoff im äußeren Containment statt einer gefilterten Abgabe über den Abluftkamin

Dies sind signifikante Unterschiede, die belegen, dass in unseren Anlagen deutlich höhere Sicherheitsreserven bereits heute vorhanden sind.

Beim Blick auf diese Sachverhalte, die anlagenspezifisch, aber nicht typisch für die japanische Nuklearindustrie sind, muss die Frage erlaubt sein, ob der Ausgangspunkt der politischen Diskussion und Entscheidungsfindung zur Kernenergie nach dem 11. März in Deutschland faktenbasiert oder vor allem emotional begründet war. Auslöser war wohl der Schock, dass ein schwerwiegender Nuklearunfall in einem hochentwickelten High-Tech-Land wie Japan geschehen konnte.

Die Ereignisse wurden ohne hinreichend gesicherte Kenntnisse über die Unfallursachen, die technischen und regulatorischen Umstände und die genauen Ereignisabläufe aufgrund eines positiven Stereotyps über Japan interpretiert. Die Folge: Es entstand der Eindruck, als ständen auch die deutschen Kernkraftwerke – anders als bisher angenommen – permanent kurz vor einer nuklearen Katastrophe. Es folgten – aus meiner Sicht – überhastete politische Entscheidungen und vor dem Hintergrund der täglichen Bilder aus Japan entwickelte sich eine gesellschaftliche und politische Stimmung, die eine sachliche und ausgewogene Bewertung kaum mehr zulässt.

In dieser Situation kam es zur Ankündigung eines Moratoriums der Laufzeitverlängerung und anschließend zum Beschluss eines Moratoriums des Betriebs der älteren deutschen Kernkraftwerke während der dreimonatigen Sicherheitsüberprüfung. Auf Grundlage des § 19 Abs. 3 des Atomgesetzes kurzfristig angeordnet, wurden die Abschaltungen dann von den Betreibern unverzüglich vollzogen.

Inzwischen warnt die Bundesnetzagentur vor weiteren Abschaltungen, die das Risiko flächendeckender Stromausfälle weiter erhöhen würden. Bereits als unmittelbare Konsequenz der Abschaltungen hatte sich eine angespannte Netzsituation ergeben, in der die Netzbetreiber keine Reparaturen im Höchstspannungsnetz mehr durchführen konnten.

Mit der Abschaltung der älteren Kernkraftwerke ist Deutschland vom Strom-Exporteur zum Importeur geworden. Der gesteigerte Import erfolgt vornehmlich aus Frankreich und

Tschechien. Deutschland droht zu Zeiten, in denen auch unsere Nachbarn einen erhöhten Bedarf haben, zu einem Stressfaktor für den europäischen Stromverbund zu werden, wenn die Anlagen länger oder gar permanent abgeschaltet bleiben.

Die angeordneten Abschaltungen haben innerhalb weniger Tage zu einer Erhöhung des Börsenstrompreises um rund 12 Prozent geführt und die CO₂-Emissionszertifikate haben sich um mehr als 10 Prozent verteuert. Die so gesetzten Marktanreize werden noch weiter zu Gunsten des Imports von Energie nach Deutschland hinein wirken, auch wenn dies politisch nicht gewünscht ist.

Im weiteren Verlauf der politischen Diskussion hat eine immer stärkere Vorfestlegung auf die dauerhafte Abschaltung der älteren Anlagen und der Wunsch nach einem möglichst raschen vollständigen Ausstieg aus der Kernkraft Platz gegriffen, die ein abgewogenes Vorgehen in den nächsten Wochen erschweren wird.

Für die Klimavorsorge bedeutet die Kehrtwende in der Kernkraftpolitik einen Rückschlag. Allein in den drei Monaten des Moratoriums werden rund acht Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich erzeugt und in die Atmosphäre abgegeben. Bei einer dauerhaften Abschaltung der älteren Anlagen ist mit zusätzlichen Emissionen von mehr als 30 Millionen Tonnen zu rechnen.

Die politische Entscheidung für einen Abschied von einer längeren Brückenfunktion der Kernkraft in Deutschland scheint weit gediehen. Auf dem Weg in das angestrebte System auf Basis erneuerbarer Energien ist eine solche Brücke aber weiterhin dringend erforderlich. Hier ist die Nutzung der Kernenergie nach wie vor die beste Option. Dabei gilt, wie es Johannes Teysen in seinem Statement bei der Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“ herausgestellt hat: „Eine zu kurze Brücke ist eine sinnlose Brücke“.

Mit Blick auf ein neues Energiekonzept ist es aber sehr wichtig, Maß und Vernunft einkehren zu lassen, um die negativen volkswirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen des Ausstiegs aus der Kernenergie zu begrenzen. Davon gehen wir aus, wenn von einem „Umstieg mit Augenmaß“ die Rede ist, wie er nun von der Bundesregierung angekündigt wird.

Augenmaß und Vernunft bedeuten eine rationale Abwägung von Nutzen, Kosten und Risiken. Das muss auch wieder in der Energiepolitik gelten. Die Diskussion der vergangenen Wochen hat sich stark auf mögliche Risiken der Kernenergie verengt. Solche Risiken haben wir in der Kerntechnik nie geleugnet und sie waren auch allen politischen Entscheidungsträgern immer bekannt. Wegen dieser Risiken wurden sehr hohe Sicherheitsstandards eingeführt und eine besondere Sicherheitskultur entwickelt. Dies dient sowohl dem Absenken der Eintrittswahrscheinlichkeit eines schweren Unfalls und als auch der Begrenzung seiner Auswirkungen.

Trotz aller Anlagenschäden und schwierigster Randbedingungen hat die Anlagentechnik in Fukushima die Begrenzung der Freisetzung von Radioaktivität auch in einer

Extremsituation unterstützt. Das Ereignis mit drei betroffenen aktiven Blöcken und einem trocken gefallenen Brennelementelagerbecken hat die Szenarien der Gegner der Kernenergie bei weitem übertroffen. Dennoch sind die radiologischen Auswirkungen – wiewohl schwerwiegend und noch nicht abschließend zu beurteilen – mit den Folgen des Unfalls in Tschernobyl nicht zu vergleichen.

Das vorhandene und durch gezielte Maßnahmen weiter reduzierbare Restrisiko kann ein Grund sein, auf die Nutzung der Kernkraft zu verzichten – es muss es aber nicht. Das gilt vor allem, wenn man Risiken anderer Energieformen nicht ausblendet, sondern in eine vergleichende Wertung einbezieht.

Wird dennoch der schnellstmögliche Verzicht auf die Kernkraft gefordert, so müssen dabei die Konsequenzen beachtet und ehrlich gegenüber den Bürgern kommuniziert werden. Zur Ehrlichkeit in der Energiediskussion gehört es, deutlich zu machen, dass der Ausstieg aus der Kernenergie umso teurer wird, je schneller er realisiert werden soll. Eine aktuelle Studie des BDI zu den Folgen eines stark forcierten Ausstiegs aus der Kernenergie bis 2017 zeigt, dass dies beträchtliche Kosten verursachen würde. Ein durchschnittlicher Privathaushalt muss dann im Jahr 2018 mit um 137 Euro höheren Ausgaben allein für Strom rechnen.

In dieser Studie sind die erheblichen Kosten für den Netzausbau und die Schaffung von Speicherkapazitäten noch nicht berücksichtigt. Auch für diese Kosten gilt, dass die Belastung umso höher ist, je schneller der Umbau erfolgen soll. Die DENA rechnet insgesamt mit einem Strompreisanstieg um rund 20 Prozent für Privatkunden. Gerade einkommensschwächere Haushalte würden dann finanziell deutlich mehr belastet.

Hinzu kommen Preissteigerungen bei Waren und Dienstleistungen aufgrund der höheren Energiekosten bei der Produktion. Hier kommt einem die Reaktion von Bill Gates in den Sinn, der zur Abschaltung der deutschen Kernkraftwerke bei einem Besuch in Berlin äußerte: „Das ist wahrlich ein Zeichen von Wohlstand.“

Für die Industrie, insbesondere die energieintensive Industrie, können die Kosten eines raschen Atomausstiegs sogar existenzbedrohend werden: Zusätzlich zu den Belastungen, die mit dem Energiekonzept ohnehin verbunden sind, kämen noch einmal 10 Prozent Kosten hinzu. In den vom BDI angegebenen Beispielen bedeutet ein schneller Ausstieg für einen typischen gewerblichen Stromkunden mit einem Verbrauch von 2 GWh pro Jahr eine zusätzliche Kostenbelastung von 22.000 Euro. Bei einem energieintensiven Industriekunden mit 24 GWh Jahresverbrauch würde die zusätzliche Belastung sogar bei 400.000 Euro liegen.

Insgesamt rechnet der BDI mit zusätzlichen Kosten durch den Atomausstieg von 2012 bis 2020 in Höhe von rund 33 Milliarden Euro ohne Netz- und Speicherkosten. Die energieintensive Industrie beschäftigt nicht nur mehr als 800.000 Menschen in Deutschland, sondern sie steht am Anfang komplexer Wertschöpfungsketten unseres Industriestandortes und ist eng mit Abnehmern, Forschung und Entwicklung verzahnt.

Wird sie verdrängt, beraubt sich Deutschland selbst seines eigenen industriellen Fundaments.

Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass die Kernkraft heute nur teilweise durch erneuerbare Energien ersetzt werden kann. Hier gilt: Je schneller der Ausstieg kommt, desto geringer wird die Bedeutung der Erneuerbaren beim Ersatz der Kernkraft. Wegen ihrer fluktuierenden Einspeisung erfordern Windkraft und Fotovoltaik einen erheblichen Ausbau der Infrastruktur bei Transport- und Verteilnetzen sowie bei der Stromspeicherung. Dieser Ausbau braucht Zeit, die im vergangenen Jahr durch die Verlängerung der Kernkraftnutzung gewonnen werden sollte. Fehlt die notwendige Zeit für die Systemintegration, müssen neue Kohle- und Gaskraftwerke die Lücke in der Stromproduktion füllen.

Das führt nicht nur zu höheren Preisen für CO₂-Zertifikate, die neben den fossilen Stromerzeugern auch viele Unternehmen zusätzlich belasten, sondern zu höheren CO₂-Emissionen. Ein schneller Ausstieg aus der gesamten Kernenergie würde den CO₂-Ausstoß der Energiewirtschaft in Deutschland um mindestens 60 bis 70 Millionen Tonnen jährlich ansteigen lassen, wahrscheinlich eher mehr. Die im europäischen Zusammenhang zugesagten nationalen Klimaziele werden sich bei einem schnellen Ausstieg nicht einhalten lassen, da die anderen Sektoren dies nicht ausgleichen können. Dabei darf nicht vergessen werden, dass etwa bei der Gebäudesanierung und der Effizienzsteigerung beim Stromverbrauch bereits im aktuellen Energiekonzept der Bundesregierung mit Laufzeitverlängerung erhebliche Beiträge eingerechnet waren.

Ein weiterer Aspekt der Ehrlichkeit ist die Frage des Stromimports. Ein Energiekonzept, das darauf beruhte, die Stromerzeugung aus deutschen Kernkraftwerken durch den Import von Strom aus fossilen Kraftwerken und Kernkraftwerken aus unseren Nachbarländern zu ersetzen, wäre völlig unglaubwürdig. Die bloße Verlagerung der CO₂-Erzeugung oder der derzeit öffentlich diskutierten Frage des Restrisikos in andere Länder kann keine ethische Qualität für sich reklamieren.

Auch die politische Neubewertung der Kernenergie und ein beschleunigter Umstieg in erneuerbare Energien bei der Energieversorgung verändert nicht die Dringlichkeit, eine Lösung für die Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen zu finden. Dies gebietet schon das Prinzip der „Generationengerechtigkeit“. Die Betreiber unterstützen daher die Bundesregierung in dem Ziel, die Endlagerung noch von der Generation zu realisieren, die die Kernenergie auch nutzt. Wenn diese Nutzung schneller zu Ende gehen soll, muss auch die Vorbereitung der Endlagerung schneller vorangetrieben werden.

Das bedeutet konkret, dass die Erkundung des Standortes Gorleben nach über 30 Jahren nun zügig und ergebnisoffen zu Ende geführt werden muss, wie dies auch von der Bundes-CDU und der niedersächsischen Landesregierung gefordert wird. Auf der Basis einer objektiven Sicherheitsbewertung muss festgestellt werden, ob der Standort geeignet ist. Dies gilt umso mehr, als nach jahrzehntelanger Endlagerforschung mit einem mehrstufigen, transparenten und wissenschaftlich fundierten Standortauswahlverfahren

und der anschließenden umfangreichen Erkundung bisher keine Erkenntnisse gefunden wurden, die gegen die Eignung des Standorts als Endlager sprechen. Dabei unterstützen die Betreiberunternehmen eine transparente und aktive Beteiligung der Öffentlichkeit, wie sie der Bundesumweltminister anstrebt. Wichtige Meilensteine werden die bis Ende 2012 geplante vorläufige Sicherheitsanalyse und das vorgesehene internationale Peer-Review-Verfahren sein.

Sofern parallel zur Erkundung von Gorleben mit einer Vorauswahl von alternativen Standorten für den Fall der Nicht-Eignung von Gorleben begonnen werden soll, muss sichergestellt sein, dass dies nicht zu weiteren Verzögerungen am Standort Gorleben führt. Politische Vorschläge zu alternativen Standorten oder alternativen Endlagerkonzepten müssen sich daran messen lassen, dass sie das nationale Projekt Endlagerung konstruktiv voranbringen und nicht – im schlechtesten Fall sogar bewusst – verzögern oder gar be- und verhindern. Dies wird auch von der EU-Kommission in ihrem aktuellen Vorschlag für eine Richtlinie zum nuklearen Abfallmanagement gefordert.

Es ist international unbestritten, dass die tiefe geologische Endlagerung radioaktiver Abfälle die sicherheitstechnisch beste Lösung darstellt. Aktuelle Vorschläge, die Endlagerung durch eine „langfristige Zwischenlagerung“ über 100-150 Jahre oder eine „Kurzzeitendlagerung“ zu ersetzen sind nicht zielführend, sie verschieben lediglich das Problem in die Zukunft. Dies gilt auch für die Forderung, u.a. der Ethikkommission nach einer langfristigen Rückholbarkeit der Abfälle. Dies läuft dem Konzept des sicheren geologischen Einschlusses in einem nachsorgefreien Endlager zuwider.

Auch das Argument einer zukünftigen energetischen Nutzung der Abfälle z.B. über Partitioning und Transmutation geht ins Leere. Einerseits ist eine Rückholung mit entsprechendem Aufwand immer möglich, andererseits vergehen bis zum Verschluss des Endlagers noch mehrere Dekaden in denen konkrete Entwicklungen Berücksichtigung finden können.

Es ist gerade jetzt im Zeichen eines beschleunigten Ausstiegs aus der Kernenergie Aufgabe der Politik, die Signale für eine zügige Realisierung der Endlagerung auf grün zu stellen.

Der Ausstieg aus der Kernkraft hat im Kontext des europäischen Stromverbundes und des gemeinsamen Strom- und Energiemarktes erhebliche Auswirkungen auf unsere Nachbarn. Deutschland ist keine einsame Insel, sondern eine zentrale Säule des europäischen Stromverbundes; Deutschland ist der größte Stromverbraucher und der wichtigste Industriestandort des europäischen Kontinents. Es wäre unverantwortlich, einen Ausstieg zu vollziehen, der die Versorgungssicherheit gefährdet. Dies würde nicht nur hohe Kosten, Risiken und Unannehmlichkeiten für und in Deutschland auslösen, sondern es hätte auch Auswirkungen auf die Netzstabilität über unsere Landesgrenzen hinaus.

Auch die Verteuerung des Strompreises hat über den europäischen Stromhandel Auswirkungen auf unsere Nachbarn. Wenn in Deutschland politische Entscheidungen getroffen werden, die die Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrie

beeinflussen, so betrifft dies auch unsere Nachbarn, da das Strompreisniveau auch dort ansteigen kann. Gleiches gilt für den CO₂-Ausstoß und den Zertifikatehandel: Wenn sich Deutschland wegen des Ausstiegs höhere CO₂-Emissionen gönnt, müssen andere zusätzlich CO₂ einsparen oder die Ziele der europäischen Klimavorsorgepolitik müssen revidiert werden.

Derzeit wird diskutiert, die Kernkraftwerke vor allem durch Gaskraftwerke zu ersetzen. Damit ließe sich im Vergleich zu Kohlekraftwerken zwar der zusätzliche CO₂-Ausstoß geringer halten. Zugleich wird aber besonders bei einem schnellen Umstieg der Gasmarkt in ganz Europa durch den deutschen Nachfrageschub belastet. Wer mit Gas heizen muss, ob in Deutschland oder in Großbritannien, wird eine höhere Heizkostenrechnung erhalten. Eine deutsche Umstiegspolitik auf Kosten unserer Nachbarländer würde dort sicher auf wenig Gegenliebe stoßen.

Auf europäischer Ebene stellt sich die politische Situation für die Kernenergie anders als hier in Deutschland dar. Es gibt keine Nachahmer für das politische Handeln in Deutschland und die geplanten Sicherheitsanalysen der Kernkraftwerke werden ohne Abschaltungen und den hierzulande herrschenden Zeitdruck vorgenommen. Dort stehen die Sicherheit der Kernkraftwerke und ein möglicher Lerneffekt von Fukushima im Mittelpunkt, nicht der schnellstmögliche Ausstieg. Daher nimmt sich die Europäische Kommission für die Erarbeitung eines Prüfungskatalogs für den „Stresstest“ auch mehr Zeit.

Der Energiemix wird weiter in nationaler Verantwortung verbleiben und alle Arten von Kernenergiepolitik – Ablehnung, Ausstieg, Einstieg, Laufzeitverlängerung, Ersatz-Neubau, Ausbau – werden in der EU nebeneinander bestehen.

Großbritannien hält an seinem Neubauprogramm fest und will bis 2025 16 GW nukleare Kapazität neu bauen. Auch dort findet eine zusätzliche Sicherheitsanalyse statt, sowohl für die bestehenden Anlagen als auch für die Designs der geplanten Neubauten. Die Vorlage eines Abschlußberichtes ist für Mitte September geplant. Die Kernkraft wird aber nicht in Frage gestellt, sondern weiter als ein wesentlicher Bestandteil der Klima- und Energiestrategie angesehen. Politische Unterstützung und öffentliche Akzeptanz stehen unverändert auf hohem Niveau.

Bei unseren unmittelbaren Nachbarn in den Niederlanden und in Polen werden der Ausbau bzw. der Einstieg in die Kernenergie weiter betrieben. In den Niederlanden ist nach wie vor beabsichtigt, neben dem bestehenden Kernkraftwerk Borssele zwei neue Anlagen zu bauen. Dort hat man sich von einem zu raschen Ausbau zu teurer erneuerbarer Energien verabschiedet und setzt auf CO₂-Vermeidung auch durch Kernenergie. In Tschechien hat der Energieversorger CEZ nach der energiepolitischen Wende in Deutschland angekündigt, den Bau von zwei neuen Kernkraftblöcken in Temelin zu beschleunigen.

In Polen soll ein Einstieg in die Kernkraft den Energiemix verbreitern und damit die Versorgungssicherheit erhöhen. Beim Umbau des extrem kohlelastigen Kraftwerksparks ist

die Kernkraft für Polen ein wichtiger Baustein, um CO₂-Emissionen zu verringern, ohne die Importabhängigkeit von Russland weiter zu erhöhen.

In Frankreich und Finnland ist gleichfalls keine Abkehr von der Kernenergie erkennbar, an den geplanten Neubauten wird festgehalten. Auch in Frankreich finden in den kommenden Monaten zusätzliche Sicherheitsüberprüfungen statt, die auch den im Bau befindlichen EPR in Flamanville betreffen. Dabei verfolgen die Franzosen einen sicherheitsorientierten Ansatz zur möglichen Verbesserung von Anlagen – jedoch keinen Ausstieg.

Außerhalb der EU werden ebenfalls zusätzliche Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt, so in Russland, den Vereinigten Staaten, China, Taiwan und Südkorea. Die Aufmerksamkeit richtet sich dabei auf mögliche Lehren für Notfallsysteme, Prozeduren und den Katastrophenschutz, die aus den Ereignissen von Fukushima gezogen werden könnten. Ein Verzicht auf Kernenergie ist aber in keinem dieser Länder beabsichtigt. In China wurde zwar das Genehmigungsverfahren für neue Kernkraftwerke ausgesetzt um gegebenenfalls Erkenntnisse aus Fukushima zu integrieren – am Ausbau der Kernkraft wird aber grundsätzlich weiter festgehalten.

Es fällt auf, dass unsere Nachbarn und wichtige internationale Wettbewerber auf die Ereignisse von Fukushima ganz anders reagieren als wir hier in Deutschland; wir sehen dort weder die hierzulande allgegenwärtige Atomskepsis noch die in Deutschland übliche generelle Ablehnung von Kerntechnik. Auch unser Streben nach einem schnellstmöglichen Atomausstieg findet in keinem anderen Land Nachahmer.

Besonders vor dem Hintergrund des internationalen Vergleichs scheint es, dass über verständliche Sorgen und Zweifel hinaus in Deutschland in Teilen der Öffentlichkeit und der politischen Diskussion eine Aufgeregtheit in Bezug auf die Kernenergie Platz gegriffen hat, die eine nüchterne Debatte über unsere Energiezukunft sehr schwer macht. Demgegenüber hat sich die öffentliche Anhörung der Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“ mit zahlreichen differenzierten Diskussionsbeiträgen wohltuend von der aufgeregten Berichterstattung in weiten Teilen der veröffentlichten Meinung abgehoben. Inwieweit dies aber in dem Abschlußbericht der Kommission Berücksichtigung findet, bleibt abzuwarten.

Wenn aber wieder sachlicher diskutiert wird, dann wird man erkennen, welche wesentlichen Vorteile die Kernenergie gegenüber anderen verfügbaren Techniken der Stromgewinnung bietet. Die Verlässlichkeit und Regelbarkeit der Kernkraftwerke, die CO₂-Freiheit beim Betrieb, die günstige und langfristig berechenbare Kostenstruktur und die harmonische Einbettung in das Stromnetz und das Bedarfsprofil der Stromverbraucher machen eine längere Nutzung der Kernkraft zur besten Brücke für den Übergang zu einer Stromversorgung durch erneuerbare Energien.

Ein leichtfertig schneller Verzicht auf die deutschen Kernkraftwerke wäre mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten, mit der Verletzung unserer klimapolitischen Verpflichtungen, mit einer erhöhten Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, mit einer verringerten

Versorgungssicherheit beim Strom und nicht zuletzt mit zusätzlichen Auseinandersetzungen in der Europäischen Union verbunden.

Deshalb appelliere ich, die kommenden Wochen bis zur Entscheidung des Bundestages über die Zukunft der deutschen Kernkraftwerke zu nutzen, um im Lichte der Ergebnisse der zusätzlichen Sicherheits- bzw. Übertragbarkeitsüberprüfung und der Empfehlungen der Ethikkommission alle energiewirtschaftlichen Fakten zu bewerten und erst dann eine wohlüberlegte Entscheidung zu treffen.

Es sollte sich auch niemand der Illusion hingeben, dass mit einem Ende der Kernenergie in Deutschland ein allseits akzeptierter Konsens über die Energiepolitik hergestellt werden könnte. Ein solches Denken, das von einer moralischen Überhöhung sachlicher Fragen geprägt ist, wäre nicht nur unpolitisch, sondern auch unrealistisch. Beim Umbau eines Energiesystems sind Konflikte von unterschiedlichen Interessen nicht zu vermeiden. Diese Konflikte werden weiter ausgetragen und müssen mit politischen Entscheidungen gelöst werden. Der Ministerpräsident von Brandenburg, Matthias Platzeck, hat die Problemlage so beschrieben: „Der Konsens ist immer schnell gefunden: Atomkraft Nein Danke, Kohle nicht, Windkraft haben wir genug, Biogas bitte im Nachbardorf und Stromtrassen wollen wir nicht. Wie soll das gehen?“

Wo ein Interessenausgleich möglich ist, muss dieser fair und transparent erfolgen. Wo aber Differenzen bestehen bleiben, muss mit mutigen politischen Entscheidungen ein Stillstand verhindert werden.

Die Maßstäbe der Versorgungssicherheit, der Umweltfreundlichkeit und der Preiswürdigkeit, die die Bundesregierung für einen „Umstieg mit Augenmaß“ vorgegeben hat, müssen die Leitplanken zukünftiger Entscheidungen sein. Dazu gehört es auch, Unwägbarkeiten zu beachten und die Möglichkeit von Irrtümern einzuräumen. Auf dem Weg des Umstiegs sollten deshalb Etappenziele gesetzt werden, die eine Prüfung und ein Innehalten ermöglichen, da nicht alles so ablaufen wird, wie man dies heute plant.

Für welchen Weg auch immer sich Deutschland entscheidet, die Interessen unserer Partner in Europa müssen mit bedacht und berücksichtigt werden. Auch in der Energiepolitik können wir die Zukunft nur gemeinsam meistern.

Ich möchte die Eröffnung unserer Jahrestagung mit einem Gedanken an unsere Kollegen in den Kernkraftwerken und der ganzen Branche beschließen. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kerntechnik in Deutschland leisten Tag für Tag ihren Beitrag zur Lebensqualität und zum Wohlstand in unserem Land. Sie leben an ihren Arbeitsplätzen eine hochentwickelte Sicherheitskultur und setzen sich mit ganzer Kraft für den sicheren Betrieb der kerntechnischen Anlagen ein. Es ist verletzend, wenn diese Leistungen in der öffentlichen Diskussion diskreditiert werden und unsere Kolleginnen und Kollegen diffamiert werden. Es ist unerträglich, wenn Beschäftigte der Kerntechnik beschimpft werden, weil sie verantwortungsbewusst ihre Arbeit leisten. Bei allem Respekt für politischen Streit und öffentliche Auseinandersetzung dürfen solche Verhältnisse nicht

hingenommen werden. Auch das muss in der politischen Diskussion in den kommenden Wochen beachtet werden.

Wir werden alles dafür tun, damit unsere Kraftwerke sicher, mit technischem Sachverstand und verantwortungsbewusstem Engagement für die Energieversorgung der Menschen in unserem Land betrieben werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen eine interessante Jahrestagung Kerntechnik!